

Oskar Weggel

Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts

Teil 3: Strategien

Gliederung

- 3.1 Strategien und Strategiewechsel
- 3.2 Klassenkampfbezogene Strategien der Mao-Zeit
- 3.2.1 Die Linke Strategie: Einkreisung der Weltstädte durch die Weltdörfer
- 3.2.2 Die Rechte Strategie
- 3.3 Wirtschaftsorientierte Strategien der Reformen
- 3.3.1 „Partnerschaft“
- 3.3.2 „Allseitige Zusammenarbeit“ – das neue Strategiekonzept
- 3.3.2.1 Drei Aspekte
- 3.3.2.2 Der modale Aspekt: „Umfassende“ Beziehungen
- 3.3.2.3 Die „Verortung“ von Partnerschaftsbeziehungen
- 3.4 Historische Wende: Auch bei den Strategien

3.1

Strategien und Strategiewechsel

Auf der Skala der chinesischen Außenpolitik ist es nicht nur bei den Zielsetzungen, also dem *Was* der Politik, sondern auch bei den Strategien, d.h. bei den langfristigen Durchführungsmodalitäten, also beim *Wie*, im Laufe der vergangenen fünf Jahrzehnte zu Ausschlägen gekommen, die das Extrem schon fast wieder als Normalität erscheinen ließen.

Bereits zur Zeit Maos, als Außenpolitik noch durch und durch *politisch* – nämlich im Sinne *klassenkämpferischer* Instrumentalisierung – verstanden wurde, war das Spektrum der Strategien keineswegs starr, sondern umspannte einen weiten Fächer von Spielformen, dessen Filigran von der (in sich höchst variablen) Linken bis hin zur Rechten Strategie reichte (dazu unten 3.2).

Seit die Reformen 1978 den Klassenkampf durch den für sie so charakteristischen Modernisierungskurs ersetzt haben, gibt es auch für ihre Außenpolitik nur noch „ein einziges Zentrum“ (*yige zhongxin* [1]), um das sich von jetzt an der ganze übrige Bestand zu drehen hatte, nämlich die Wirtschaft. Weit davon entfernt allerdings, Außenpolitik ganz auf Außenwirtschaftspolitik zu reduzieren, pflegen die Reformen vielmehr darauf zu pochen, daß es „ohne Stabilität keine gesunde Wirtschaft“ geben könne, und daß *wending* [2], also Ruhe und Ordnung, nur durch Interdependenz, d.h. durch arbeitsteilige Beziehungen garantiert werden könne. Auch hier hat also eine Rückbesinnung auf die traditionelle Beziehungsphi-

losophie, d.h. auf den maschentheoretischen Ansatz (dazu oben 1.3), eingesetzt – und sind epochale Änderungen in Gang gekommen.

Obwohl die Linken und Rechten Strategien der Mao-Zeit mittlerweile längst auf der Strecke geblieben sind – und auf den heutigen Betrachter nur noch wie Dinosaurier wirken mögen –, soll ihnen nachfolgend ein eigenes Kapitel gewidmet werden, da erst vor dem Hintergrund des Vergangenen deutlich wird, wie weit sich die Volksrepublik schon heute vom maoistischen Zeitalter und seiner Methodik wegbewegt hat, und nur noch wenig mit jenen Vorstellungen gemeinsam hat, die im Westen immer wieder aufkommen, wenn von China und chinesischer Außenpolitik die Rede ist. Die Beschäftigung mit dem Alten erweist sich auch in diesem Zusammenhang erneut als unverzichtbarer – und übrigens auch heuristisch überaus fruchtbarer – Vorgang für eine angemessene Würdigung des Neuen.

3.2

Klassenkampfbezogene Strategien der Mao-Zeit

In den Jahren unmittelbar nach 1949 stand die Außenpolitik der international damals noch ganz unerfahrenen Volksrepublik im Sog zweier Einflüsse, die sich, bei aller sonstigen Unvereinbarkeit miteinander, doch darin glichen, daß sie zwischen Innen- und Außenpolitik keine Schlagbäume zuließen, nämlich dem des traditionellen Reichs der Mitte – und der Moskauer Komintern:

Wie schon das mandarinäre China neigte die VRCh gerade damals zum „Monismus“, d.h. zur Ungeschiedenheit von Innen- und Außenpolitik:¹ Nur so läßt es sich erklären, daß die meisten Verhaltensweisen der VRCh sich in unmittelbarer Anlehnung an Strategien entwickelten, die sich im eigenen Bereich, d.h. im Verlauf der Bürgerkriege 1927 ff. und 1946 ff., als erfolgreich erwiesen hatten und die nun über die Grenzen Chinas hinaus weitertransportiert, also *außenpolitisch* „*analogisiert*“ werden sollten.

Der zweite Impuls kam aus Moskau und war deshalb so durchschlagkräftig, weil die dortige Komintern lauter Erfahrungen thematisiert hatte, die der maoistischen Revolutionsbewegung während der Yan'an-Periode in der Praxis des täglichen Kampfes bereits zur zweiten Natur geworden, und weil diese Erlebnisse vom „Generalstab der Weltrevolution“ theoretisch überhöht und in strategische Handlungsanweisungen umformuliert worden waren. Gemeint sind im vorliegenden Zusammenhang vor allem die beiden Strategievarianten der „Einkreisungs-“ und der „Frontenbildungs“-Politik, die in den Komintern-Empfehlungen als „Rechte“ bzw. „Linke Strategie“ auftauchten.

Obwohl die beiden Begriffe nicht in die offizielle chinesische Terminologie eingegangen sind, weil Einkreisungs- und Frontenbildungsstrategien ohnehin zum ABC der Mao-Bewegung gehörten, haben sie die Außenpolitik der maoistischen Volksrepublik doch viele Jahre hindurch mitbestimmt – und einander, im Wechsel der revolutionären Gezeiten, auch immer wieder abgelöst:

Stand die Linke Strategie vor allem in den Jahren des Koreakriegs (1950 ff.), während des „Großen Sprungs“ (1958 ff.) und dann wieder während der Kulturrevolution (1966 ff.) im Vordergrund, so erlebte die Rechte Strategie

¹Dazu oben C.a., 1998/5, S.505 ff.

gie ihre Höhepunkte 1955 (Konferenz von Bandung), 1964 (Herannahen von Bandung II) und nach dem Ende der Kulturrevolution.

Beide Strategien konnten sowohl in den Dienst revolutionärer als auch nationaler, ja antihegemonistischer Zielsetzungen treten: So diente z.B. die Unterstützung der thailändischen Kommunisten jahrelang sowohl revolutionären (Machtergreifung durch die favorisierte KPTh) als auch nationalen (Sicherheits-) Überlegungen, nicht zuletzt aber auch antihegemonistischen Zwecken, insofern sich Thailand ja immerhin jahrzehntlang eng an die USA angelehnt hatte.

3.2.1

Die Linke Strategie: Einkreisung der Weltstädte durch die Weltdörfer

Nie wieder hat chinesische „Außenpolitik“ in der westlichen Welt soviel Empörung und Nervosität ausgelöst wie in den Jahren 1965 ff., als Lin Biao die „Einkreisung der Weltstädte durch die Weltdörfer“ proklamiert – und damit eine Strategie „globalisiert“ hatte, die bereits im revolutionären China 28 Jahre lang mit Erfolg praktiziert worden war, also zum klassischen Yan'an-Erbe gehörte.

„Yan'an“ war lange Zeit ein Stichwort, das bei der älteren Generation der chinesischen Revolutionäre wehmütige Erinnerungen erweckte und bei dessen Erwähnung sogleich nostalgische Vorstellungen von einem „Mekka der chinesischen Revolution“ aufkamen.

In der Umgebung der nordchinesischen Stadt Yan'an, die nach dem Langen Marsch (1934/35) zum Zufluchtsort der Roten Armeen geworden war, hatte sich jenes – später idealisierte – Revolutionsmodell entwickelt, das noch bis in die Jahre der Kulturrevolution hinein nachwirkte, obwohl es in einer Ausnahmesituation entstanden war: Mitte der 30er Jahre hatte es in der Lößregion von Yan'an keine modernen Maschinen, keine Techniker und keine brauchbaren Waffen gegeben. Nur wenige Bauern konnten überdies lesen und schreiben; Elend und Hoffnungslosigkeit wurden wie ein Schicksal hingenommen. Es war die historische Leistung der Überlebenden des Langen Marsches, daß sie in dieser Stunde Null die Flinte nicht ins Korn warfen, sondern beschlossen, wo doch keine physische Munition vorhanden war, sich der „sozialen Munition“ zu bedienen. Ganz Yan'an verwandelte sich damals in ein riesiges soziales Experimentierfeld und wurde zu einer „großen Schule“, bei der die Bauern neben ihrer täglichen Arbeit auf dem Acker noch das Lesen und Schreiben, das Arbeiten in neugegründeten Fabriken und das Operieren in militärischen Verbänden lernten. Es gab keine formale Trennung von Arbeitern, Bauern, Soldaten, Lehrern oder Führungskadern. Alle zusammen bildeten eine vereinte Kampf-, Produktions- und Erziehungsfront. Die gesellschaftliche Praxis wurde zum Lehrmeister der „sich selbst befreienden Bauern“ – es handelte sich hier, wie gesagt, um ein verklärtes Yan'an, einen Mythos. Doch der Mythos hatte auch immer wieder auf den Alltag zurückgewirkt:

Morgens den Acker bestellen, mittags einen Vorstoß japanischer Verbände abfangen und abends einen Lese- und Schreibkurs absolvieren – dies war ein Aufgabenmenü, das ganz dem Geschmack der Yan'an-Partisanen entsprach – und ja auch zu einem Stück Alltag geworden war. Aus diesem Milieu heraus entwickelten sich sowohl

die immer wieder beschworenen „Befreiten Stützpunktgebiete“ als auch jene Methoden des Volkskriegs, mit denen sich – nach maoistischem Selbstverständnis – sechs Kriterien verbanden: Vernichtung – und nicht nur Bezwingung des Gegners (in seiner Eigenschaft als Klassenfeind); „lange hingezogenes“ Kampfgeschehen statt Blitzkrieg; der Gegner ertrinkt „im Meer des Volkes“, wird also nicht im Ausland bekämpft; „Jedermann ein Soldat“: der Krieg ist eine Sache des ganzen Volkes, nicht nur des Militärs (Fisch-Wasser-Theorie); der Krieg ist die „höchste Form des Klassenkampfes“ und auch keine Sekunde lang unpolitisch (Gegensatz: „Kabinettskrieg“ des europäischen 18. Jh.); der Krieg ist stets ein „gerechter Verteidigungskrieg“.

In dieser Kampf- und Aufbausituation gab es – wieder einmal! – kaum Platz für eine spezifische Außenpolitik. Außenbeziehungen beschränkten sich vielmehr auf Verteidigungsaktionen gegen japanische Angriffstruppen sowie auf die – mit wachem Mißtrauen betriebene – Zusammenarbeit mit den Guomindang-Einheiten. „Außenpolitik“ war also nicht sehr viel mehr als Teilelement am Rande einer umfassenden Aufbau- und Verteidigungsbewegung, die sich im Laufe der Zeit ölfleckartig über nicht weniger als 19 „Befreite Stützpunktgebiete“ ausbreitete.

Obwohl sich Spurenelemente der damals gesammelten Erfahrungen bei der Unterstützung ausländischer Guerillabewegungen nach 1949 immer wieder abgezeichnet hatten, war eine geschlossene Linke Strategie à la China doch erst 1965 ausformuliert worden, und zwar in dem vom damaligen Verteidigungsminister Lin Biao verfaßten Essay „Lange lebe der Sieg im Volkskrieg“, der schon kurze Zeit nach seiner Veröffentlichung weltweit Aufmerksamkeit auf sich zog.

Lin Biao frischte in dem Traktat systematisch die Revolutionserfahrungen von Yan'an auf und empfahl sie den Revolutionsbewegungen der Dritten Welt expressis verbis zur Nachahmung: Was Yan'an einst für China gewesen war, sollte das revolutionäre China nun für den gesamten Erdball werden: eine Keimzelle der Kommunisierung:

- Überall in der Welt wurden aufständische Bewegungen vom kulturrevolutionären China jetzt dazu aufgerufen, unter Führung ihrer jeweiligen KP „Befreite Stützpunktgebiete auf dem Land“ zu errichten, Sozialreformen in Angriff zu nehmen, „Volksarmeen“ aufzustellen und mit Hilfe „lange hingezogener Volkskrieg“ aus eigener Kraft die etablierten Führungseliten „feudalistischen“ oder „bourgeois“ Charakters zu „vernichten“.
- Proletarisch internationalistische Aufgabe Chinas, des Yan'an der ganzen Welt, sollte es in diesem historischen Prozeß sein, die Flammen der Revolution zwar nicht selbst zu entzünden, sie jedoch überall dort, wo sie von selbst aufgezündelt waren, mit Brennstoff zu versorgen. Die Unterstützung Chinas sei hierbei in vielerlei Formen denkbar, betonte Lin, und reiche von der direkten militärischen Intervention zugunsten einer Volksbewegung bis hin zu bloßen Sympathiebekundungen.

Revolutionär freilich war – allen propagandistischen Bekundungen zum Trotz – keine einzige militärische Intervention Chinas motiviert: In den Koreakrieg 1950/51 beispielsweise griffen die Chinesen keineswegs ein, um die nordkoreanische Revolution zu retten, sondern um einen

befürchteten Großangriff der UNO/US-Verbände auf China schon im Vorfeld abzublocken. Auch die Grenzausinandersetzungen mit Indien (1960/62) und mit der Sowjetunion (1969) hatten nichts mit revolutionären Erwägungen zu tun, ganz zu schweigen vom 27-Tage-Feldzug gegen Vietnam im Frühjahr 1979, der, wie erwähnt, hauptsächlich zum Zwecke der „Bestrafung“ (Z.5) des südlichen Nachbarn erfolgte.

Allerdings unterstützte China viele revolutionäre Bewegungen mit anderen Mitteln, die weniger schwer wogen als eine direkte militärische Intervention, so z.B. durch Waffenlieferungen (an die PLO oder an die angolische FNLA), durch Guerillaausbildung, durch den Export von Revolutionsliteratur, durch den Aufbau von Partisanensendern für die Stärkung der revolutionären Infrastruktur in den asiatischen Nachbarländern, ferner durch Einrichtung Ständiger Befreiungsmissionen in Beijing, durch verbale Schützenhilfe, die manchmal von Mammutkundgebungen in den chinesischen Städten begleitet war, und nicht zuletzt durch den Bau „politischer Straßen“ in Pulverfabriken der süd- und südostasiatischen Nachbarn.

Am Ende des maoistischen Zeitalters verabschiedete sich, Hand in Hand mit der innenpolitischen Kampagnenpraxis, auch diese „linke“ Außenpolitik, die mit dem Tod Lin Biaos (1971) ohnehin bereits an Vehemenz verloren hatte und die sich zuletzt paradoxerweise kaum noch gegen die USA und ihre Verbündeten, um so vehementer aber gegen Alliierte der „Sowjetimperialisten“ gerichtet hatte, vor allem in Vietnam, Afghanistan, Laos und Kambodscha. In Kambodscha hatte China bezeichnenderweise viele Jahre lang die Roten Khmer gegen das vietnam- und sowjetfreundliche „sozialistische“ Regime in Phnom Penh unterstützt!

3.2.2

Die Rechte Strategie

Aber auch die Rechte Strategie wurde mit dem Beginn des Reformzeitalters schnell zum Anachronismus. Ähnlich wie die „Linke“ Variante hatte sie sich ebenfalls durch *Analogisierung innenpolitischer Erfahrungen* im Außenbereich entfaltet: Als es in Yan'an sowie im China der frühen 50er Jahre darum gegangen war, den dörflichen „Feudalismus“ zu liquidieren, hatte die KPCh das Bauerntum in fünf Klassen aufgeteilt, nämlich in Grundbesitzer, Reiche Bauern, Obere Mittelbauern, Untere Mittelbauern und Arme Bauern.

Die Armen und Unteren Mittelbauern galten aufgrund ihrer sozialen Situation von vornherein als die natürlichen „Verbündeten“ der KPCh, während auf der anderen Seite die Grundbesitzer in Phase 1 der Auseinandersetzungen als eigentliche Haupt„feind“ definiert wurden. *Zwischen* beiden Fronten standen sowohl die Oberen Mittelbauern als auch die Reichen Bauern, die in der ersten Phase noch als „Zwischenschichten“ akzeptiert wurden – und damit als Mitverbündete galten. Kaum aber waren die Grundbesitzer als Klasse ausgeschaltet worden, kamen bereits die Reichen Bauern und schließlich, in einer dritten Phase, die Oberen Mittelbauern als Hauptzielscheibe an die Reihe.

Auch bei späteren innenpolitischen Auseinandersetzungen war die KPCh, und zwar bis in die 70er Jahre hinein, nach dieser Salamtaktik vorgegangen, wobei die Dreieraufteilung in „Freunde, Feinde und Kräfte der Mit-

te“ beibehalten blieb. Aus Freunden konnten also, je nach Kampflage, jederzeit Feinde und – unter bestimmten historischen Voraussetzungen – aus Feinden sogar Freunde werden, gemäß dem Grundsatz: Freunde und Feinde vergehen, das Dreiteilungsraster aber bleibt bestehen.

Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um sich vorzustellen, daß sich dieses Schema auch außerhalb Chinas trefflich propagieren ließ, vor allem in der Dritten Welt. Wollte man den Maoisten Glauben schenken, so schien die Zeit dort überall für den Aufbau „Vereinter Fronten“ reif zu sein, die, wenn sie Durchschlagskraft entfalten sollten, auf Seiten der „Verbündeten“ stets mehr als „90% der Volksmassen“ bzw. der internationalen Staatenwelt zu umfassen hatten, während niemals mehr als 5% zu den „Feinden“ und der Rest zu den „Zwischenschichten“ gehören sollte.

Das Dreiteilungsschema ist im Laufe der Zeit mit wechselnden Inhalten ausgefüllt worden: Noch während der 50er und frühen 60er Jahre richteten sich die Chinesen bei ihrer Freund-/Feind-Einteilung nach dem Ost/West-Konflikt. Im Gegensatz zu den Ansichten Stalins wurden zwischen das kapitalistische und das sozialistische „Lager“ damals schon bald zwei sogenannte „Zwischenzonen“ eingeschoben, zu denen einerseits die Entwicklungsländer, andererseits die kleineren kapitalistischen Länder gehörten. Dies war der Kerngehalt der sog. „Zwischenzonentheorie“ (*zhongjian didai lun* [3]).

In den 70er Jahren trug China dem Zerfall der noch von Stalin propagierten „Zwei Lager“ dadurch Rechnung, daß es nunmehr eine sog. „Drei-Welten-Theorie“ (*sanshijie lun* [4]) aufstellte, die das „Freund-/Feind-/Zwischenschichten-Schema“ vom Ost/West- nunmehr auf den Nord/Süd-Konflikt übertrug:

Zur ersten Welt (also zu den „Feinden“) gehörten nach dieser Konzeption die beiden Supermächte, die sich als solche nicht nur durch objektive (Wirtschafts- und Militärpotentiale), sondern auch durch subjektive Kriterien (Hegemonialabsichten) qualifizierten. Zu den Ländern der „Zweiten Welt“ (d.h. also der „Zwischenschicht“) rechnete die KPCh all jene hochentwickelten Staaten, die „herübergewonnen“ werden konnten, weil sie sich nicht mit hegemonistischen Absichten trugen. Zur Dritten Welt schließlich, d.h. zu den a priori „Verbündeten“, gehörten die wirtschaftlich rückständigen – und von vornherein antihegemonistischen – Länder, mit denen sich das revolutionäre China auf Gedeih und Verderb zusammenschließen habe.

Die Drei-Welten-Theorie war keineswegs als soziologische Analyse gedacht (als solche wäre sie in der Tat ja auch viel zu grobschlächtig gewesen!), sondern sollte brauchbare Kampfoptionen aufzeigen und eine Art globaler Apartheid gegen die Supermächte ermöglichen, wobei sich die UNO als ideale Bühne und ihr „Aggressions“-Begriff als Bewährungstest für die Rechte Strategie anbot:

Da sich das Selbstverständnis der UNO lange Zeit fast ausschließlich an Hand ihrer Fähigkeit zur Verhinderung von „Aggressionen“ entfaltet hatte, waren die Anläufe zu einer präziseren Definition dieses Begriffs Legion gewesen: die kontinentaleuropäischen Vertreter aus dem römischen Rechtskreis forderten beispielsweise eine kurze, elegant-abstrakte Begriffsbestimmung; die Sowjetunion wünschte sich demgegenüber eine enumerative, d.h. in möglichst viele Unterparagrafen gegliederte, die einzelnen Even-

tualitäten möglichst erschöpfend aufzählende – damit in der Praxis allerdings auch höchst umständliche – Definition. Die Repräsentanten des anglo-amerikanischen Rechtskreises schließlich mißtrauten überhaupt jeder allzu theoretischen Festlegung und empfahlen, auf ein sich langsam herausbildendes „case law“ zu warten.

Demgegenüber ging es den Chinesen weniger um eine „Verrechtlichung“ als vielmehr um eine „Politisierung“ des Aggressionsbegriffs: „Aggression“ hatte nach Meinung der Maoisten zu sein, was die Mehrheit der „Völker“ im jeweils konkreten Fall als „Aggression“ ansah! Diese dezisionistische und „prozessuale“ Lösung konnte ihre außenpolitische Nutzenanwendung nach Meinung Beijings überall dort am besten entfalten, wo es galt, den „Feind“ zu stellen und ihn als solchen sogleich „maximal zu isolieren“.

Nicht zuletzt in der Abrüstungsfrage erwies sich diese Polarisierungsmethode als nützlich. So forderte Beijing beispielsweise die *restlose* Vernichtung aller Kernwaffen sowie die Aufhebung *sämtlicher* militärischer Basen im Ausland. Mit diesem Entweder-Oder glaubte es in der Lage zu sein, die Mehrheit der Dritten Welt auf *seine* Seite zu ziehen.

3.3

Wirtschaftsorientierte Strategien der Reformer

3.3.1

„Partnerschaft“

Seit der 1978 eingeleiteten Wende begannen sich Polarisierungsansätze und Zuspitzungen der oben beschriebenen Art als immer weniger brauchbar – und wünschenswert – zu erweisen. Neue Methoden waren jetzt gefragt, die ins Gefüge der reformerischen – und außenwirtschaftlich betonten – Politik passen sollten.

Um bildhaft werden zu lassen, wie grundlegend sich der Zeitgeist mittlerweile gewandelt hatte, sei nochmals auf die Tabelle in Abschnitt 1.3² zurückverwiesen, in der zu Zwecken der Methodenexploration die Unterschiede zwischen maoistischem und reformerischem Zeitalter in besonderer Zuspitzung herausgearbeitet wurden:

- Die Außenpolitik des maoistischen Zeitalters stand, wie erläutert, unter *peessimistischem* Vorzeichen, insofern das weltpolitische Geschehen damals als internationaler Klassenkampf, d.h. als Dauernotwehr gegen die Unterdrückungsversuche des Imperialismus definiert wurde. Die „Große Unordnung unter dem Himmel“ erschien damit als „Normalzustand“ vorprogrammiert, der Krieg galt als unvermeidbar und die „Befreiung“ als Nullsummenspiel, die nur durch Vernichtung der Unterdrücker zu erreichen war. Hauptziele der Außenpolitik waren demgemäß „Befreiung“ und „Gerechtigkeit“ (im Sinne einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung sowie des „Neuen Menschen in einer Neuen Gesellschaft“), Hauptinstrumente aber Klassenkampf und KP-Führung.
- Demgegenüber zeigen sich die Reformer *optimistisch*: wachsende Multipolarität sorgt *ihrer* Auffassung nach für Frieden, Stabilität und Prosperität. Ordnung gilt folglich als Normalzustand, Krieg als vermeidbar und das außenpolitische Geschehen als positives Summenspiel: Jeder kann profitieren, *wenn* er kooperiert.

Hauptziele sind nach alledem „Friede und Entwicklung“, Hauptmethoden aber Multipolarisierung und Maßnahmen der Interdependenz, d.h. also vor allem Vermeidung von Konflikten und von Blockbildungen. Die Hauptfrage richtet sich nicht mehr darauf, wie Befreiung zu erlangen, sondern wie Wechselseitigkeit herzustellen sei.

Gehörten zum Schlüsselvokabular der maoistischen Außenpolitik noch Begriffe wie „antagonistische Widersprüche“ (*duikangxingde maodun* [5]), „Neokolonialismus“, „Imperialismus“, „Hegemonismus“ und „Supermachtsambitionen“, so ist heutzutage von „Friede und Entwicklung“, von „Stabilität“ und von „Multipolarisierung“ die Rede. Zwar haben sich auch jetzt noch einige Reste des einstigen Feindbilds erhalten, so z.B. die Optik der „einzig noch verbliebenen Supermacht“, der USA. Doch beginnen sich, wie die immer enger werdenden Kontakte zwischen Beijing und Washington, vor allem aber zwischen Jiang Zemin und Clinton verdeutlicht haben, die scharfen Kanten auch hier nach und nach abzuschleifen. Selbst dort, wo es bei Gegnerschaften bleibt, lassen sie sich nicht mehr mit den selben Instrumenten ausfechten wie noch in den „wildten Jahren“ des kalten Kriegs.

Kein Wunder, wenn die chinesischen Reformer mittlerweile ein neues Strategiemodell entwickelt haben, das unter der freundlich klingenden Bezeichnung „strategische“ (oder „umfassende“) „Partnerschaften“ präsentiert wird. Die mit diesem Modell angebotene Politik des *xiezuo* [6] – wörtlich: des „einvernehmlichen Zusammenarbeitens“ – unterscheidet sich von der früheren Doppelstrategie durch zwei wesentliche Punkte: Sie ist primär nicht mehr *gegen*, sondern *für* etwas eingestellt, nämlich für Interdependenz, und sie orientiert sich, zweitens, nicht mehr nur am *politischen* Ziel der „Befreiung“, sondern am *umfassenden* (*quanmiande* [7]) Ziel der Zusammenarbeit im politischen und kulturellen, vor allem aber im personalistischen und im wirtschaftlichen Sinne.

Der negative (Klassenkampf-) Aspekt ist m.a.W. durch eine *positive* Weltsicht ersetzt worden: Aus Beijinger Perspektive handelt töricht, wer sich Kooperationsangeboten verschließt und sich entweder unterwirft oder aber auch im Zeitalter der Multipolarisierung noch auf Supermchtsambitionen beharrt!

Partner sollen demgemäß nicht mehr auf der Grundlage gemeinsamer Gegnerschaft gewonnen, sondern durch Perspektiven umfassender Zusammenarbeit umworben werden.

Die Partnerschaftsidee im „strategischen“ Sinne wurde zeitlich am frühesten gegenüber Japan entwickelt. 1982 hatte der damalige Ministerpräsident Zhao Ziyang bei einer Visite in Tokyo drei Grundprinzipien der Zusammenarbeit angeboten, nämlich „Friede und Freundschaft, Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit sowie langfristige Stabilität“.

Diesem Dreivorschlag fügte ZK-Generalsekretär Hu Yaobang bei seinem Japanbesuch im November 1983 ein viertes Prinzip hinzu, nämlich „gegenseitiges Vertrauen“³ das weit „ins 21. Jahrhundert hinein andauern“ solle. Damit war eine neue Formel geboren, die auch in spätere Partnerschaftsvereinbarungen, z.B. mit Rußland und mit Frankreich (1997), einging.

²C.a., 1998/6, S.620.

³XNA, 25. u. 26.11.83.

Schon beim Besuch Hus war darüber hinaus ein „Komitee für die chinesisch-japanische Freundschaft bis ins 21. Jahrhundert hinein“ gegründet worden, an dem Vertreter aller Gesellschaftsschichten und aller Altersgruppen beteiligt sein sollten.⁴

Wegen zahlreicher frisch aufbrechender Wunden, nicht zuletzt aber wegen des historisch so schwer belasteten Verhältnisses zwischen beiden Nachbarn,⁵ wollte sich das eindringlich beschworene Vertrauensverhältnis zu Japan jedoch nicht so recht einstellen. Kein Wunder, wenn es noch viele Jahre, nämlich bis 1997, dauerte, ehe China einen zweiten Anlauf unternahm und seine Partnerschaftsvorstellungen diesmal gegenüber zwei anderen Staaten – sowie bezeichnenderweise binnen Monatsfrist – konkretisierte, nämlich gegenüber Rußland und Frankreich. Formal wurden diese „Partnerschaften“, die ebenfalls „bis weit ins 21. Jahrhundert hinein“ dauern sollten, durch „Gemeinsame Erklärungen“ (*lianhe shengming* [8]) proklamiert, die im Falle Rußlands am 23. April und im Falle Frankreichs am 16. Mai 1997 abgegeben wurden, wobei im Falle Rußlands von „Strategischer Partnerschaft“ (*zhanlüe xiezuo* [9]), im Falle Frankreichs aber von „Umfassender Partnerschaft“ (*quanmian xiezuo* [10]) die Rede war.⁶

Im Dokument vom 23. April heißt es, daß beide Seiten auf die „Errichtung einer neuen internationalen Ordnung“ (*jianli guoji xin zhixu* [11]) hinstrebten, die durch „Multipolarisierung der Welt“ (*shijie duojihua* [12]) bei gleichzeitiger „Zurückweisung von Hegemonismus“ gekennzeichnet sei. An die Stelle von „Hegemonismus, Machtpolitik, Konfrontation und Konflikt“ müßten „gleichberechtigte Zusammenarbeit und Dialogbereitschaft“ treten. Die „neue internationale Ordnung“ müsse auf Frieden und Stabilität beruhen. Die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz ebneten den Königsweg dorthin. Jedes Land besitze das Recht, seine Entwicklungen nach eigenem Ermessen zu betreiben, ohne daß andere Länder sich einmischen dürften. Verschwinden müsse vor allem jegliche „Kalte-Kriegs-Mentalität“ (*lengzhan sixiang* [13]) und jegliches „Militärblockdenken“ (*junshi jituan sixiang* [14]). Streitigkeiten seien durch Gespräche und friedliche Mittel zu bereinigen.⁷

Die in vergleichbaren Dokumenten übliche Formulierung, daß sich das Abkommen „gegen keine dritte Seite“ richte, fehlt in der Gemeinsamen Erklärung vom 23. April bezeichnenderweise. Statt dessen heißt es in Punkt 6, daß beide Seiten davon ausgehen, daß die „strategische Partnerschaft zwischen China und Rußland dem globalen Trend der Entwicklung der internationalen Beziehungen in der Zeit nach dem Ende des kalten Kriegs“ entspreche.

Die Zusammenarbeit ist insofern „strategisch“, als sie langfristig angelegt und allumfassend sein soll. „Mit Blick auf das 21. Jahrhundert“ seien vor allem vier Bereiche partnerschaftlich auszubauen, nämlich (1) Politik (im Sinne guter Nachbarschaft und Freundschaft sowie sicherer Grenzen), (2) Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik, (3) Militär: Konsultationen im Bereich strategischer Waffen; Abschluß eines Abkommens über die militärischen Kräfte entlang der gemeinsamen Grenzen und Vertrauensbildung in militärischer Hinsicht; Reduzierung der

militärischen Verbände beiderseits der Grenzen, (4) internationale Beziehungen. Beide Seiten betrachteten sich gegenseitig als Großmächte, die eine wichtige Rolle bei der Wahrung des Friedens und bei der sich anbahnenden Multipolarisierung zu spielen hätten; alle Konflikte seien durch friedliche Verhandlungen zu lösen; die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zeigten den richtigen Weg auf.⁸

Auch mit Frankreich wurde eine ähnlich „umfassende“ Vereinbarung getroffen. Anzustreben sei eine Reform der UNO und eine weltweite Abrüstung, der Schutz der Umwelt, der Kampf gegen Drogen, Kriminalität und Terrorismus, die Verstärkung der Entwicklungshilfe, die Förderung des multilateralen Handels und die Institutionalisierung von Konsultationen. Vereinbart wurde ferner eine Zusammenarbeit im Bereich der Flugzeugindustrie und beim Bau von Kernkraftwerken, im Bereich der Landwirtschaft, der Metallurgie, des Automobilbaus und der Elektronik sowie im Bereich der Berufsausbildung.

Ein Gefälle zwischen Worten und Taten gab es hier nur insofern, als Rußland und Frankreich nicht gerade zu den Hauptwirtschaftspartnern der Volksrepublik gehören. Zur Zeit der Gemeinsamen Erklärungen lag der Außenhandel mit Rußland gerade einmal bei rund 7,5 Mrd. US\$ und der mit Frankreich bei etwa 10 Mrd. US\$ – angesichts eines Gesamthandelsvolumens der Volksrepublik von damals schon rund 300 Mrd. US\$ nicht eben ein „strategisches“ Volumen!

Die VR China wird nicht müde, strategische Angebote auch den USA zu unterbreiten. Eine „Partnerschaft“ wäre allerdings erst dann möglich, wenn die USA ihre (angebliche) Politik des „Containment gegenüber China“ und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik einstellten. Zweck der „Partnerschafts“-Strategie ist es, solche Änderungen herbeizuführen. Es geht m.a.W. nicht um eine Isolierung der USA, sondern ganz im Gegenteil um die Bitte, sich nicht hegemonistisch, sondern i.S. von *xiezuo* [15] zu verhalten. In der Tat begann im Vorfeld der Chinavisite Clintons (Juni 1998) die Formel „constructive strategic partnership for the 21st century“ auch in Washington diskutabel zu werden.⁹

3.3.2

„Allseitige Zusammenarbeit“ – das neue Strategiekonzept

3.3.2.1

Drei Aspekte

Wie ein Vergleich der von China mit Rußland und mit Frankreich abgesprochenen „Gemeinsamen Erklärungen“ zeigt, besteht zwischen „strategischer“ und „umfassender“ Zusammenarbeit kein qualitativer Unterschied. Offensichtlich gehören zu einer „strategischen“, d.h. in jeder Hinsicht umfassenden Zusammenarbeit drei Aspekte, nämlich ein zeitlicher („bis weit ins 21. Jahrhundert hinein“), ein örtlicher (WSZ, dazu unten 3.3.2.3) und ein modaler Aspekt. „Partnerschaften“ sollen sowohl im personalistischen (*guanxi* zwischen Politikern und Unternehmern!) als auch im sachlichen Bereich (d.h. z.B. beim gemeinsamen Kampf gegen Drogen und Terrorismus bis

⁴Ausführlich dazu C.a., 1983/11, Ü 2.

⁵Einzelheiten dazu u.a. C.a. 1984/3, S.135-138.

⁶Dazu RMRB, 24.4.97; C.a., 1997/5, S.427-433.

⁷RMRB, 24.4.97.

⁸Dazu C.a., 1995/10, Ü 5 m.N.

⁹XNA, 3.5.98.

hin zum Zusammenwirken in der Elektronik- oder in der Kernkraftsphäre) vertrauensvoll sein.

Wer sich die traditionelle chinesische Guanxi-Kultur vor Augen hält, dürfte kaum Schwierigkeiten mit dem neuen „Partnerschafts“-Begriff haben: handelt es sich hier doch – wieder einmal! – um einen Versuch der Beijinger Führung, innerchinesische Vorstellungen auf die Außenpolitik zu transponieren.

Von den oben erwähnten drei Dimensionen „allseitiger“ Kooperation bedarf der Zeitaspekt wohl kaum einer weiteren Erläuterung, da er mit seiner weit in die Zukunft vorgehenden Perspektive („weit ins 21. Jh. hinein“) ausreichend für sich selbst spricht.

Dagegen bedürfen die modalen und die örtlichen Blickpunkte wohl noch der Konkretisierung.

3.3.2.2

Der modale Aspekt: „Umfassende“ Beziehungen

Wie die oben skizzierten Vereinbarungen mit Frankreich zeigen, soll im Rahmen einer „umfassenden“ Zusammenarbeit kaum ein Bereich „unter dem Himmel“ ausgespart bleiben.

Gleichwohl treten zwei Gesichtspunkte immer wieder besonders stark in den Vordergrund, nämlich die „Konsultation“ und die wirtschaftliche Kooperation:

⇒ „Konsultation“ (*xieshang* [16]) ist eine chinesische Besonderheit, ja Marotte, die mit der konfuzianischen Zentralforderung nach einer Minimierung des Ich bei gleichzeitiger Maximierung des Zwischenich zusammenhängt, so daß im Endergebnis nicht dem autonomen Individuum, sondern dem Beziehungsgefüge *zwischen* den einzelnen Personen und Gruppierungen Substanzcharakter zukommt.

Schon im traditionellen Reich der Mitte hatte ja die „Personalisierung“ im Außenverhalten eine zentrale Rolle gespielt. Aus der Sicht der damaligen Elite bestand das gesamte Umfeld des Reichs nicht so sehr aus Territorialgebilden als vielmehr aus Personalnetzwerken, die durch Herstellung „vertrauensvoller“ Beziehungen und durch ständige Konsultationen permanent erneuert und auf diese Weise gefestigt werden sollten. Nicht Unabhängigkeit und Souveränität, sondern (freiwilliger) Dienst und wechselseitiges Vertrauen oder aber – anders herum – Vasallenverrat und Illoyalität waren die zentralen Denkkategorien dieses Systems.¹⁰

Diese Beziehungs- und Verwaschungsphilosophie ist, wie erwähnt, im reformerischen China zu neuem Leben erwacht und zwingt als solche den Beobachter moderner chinesischer Außenpolitik zu einem methodischen Positionswechsel, wie er oben¹¹ i.e. erläutert – und postuliert – wurde.

Vor allem Staatspräsident Jiang Zemin ist zu einem Hauptverfechter dieser Beziehungsphilosophie geworden, indem er sich, weitaus intensiver als irgendeiner seiner Vorgänger, um die Herstellung von *guanxi* zum amerikanischen Präsidenten bemühte. Allein in den acht Monaten zwischen September 1997 und Juni 1998 kam es beispielsweise (im Zusammenhang mit gegenseitigen offiziellen Besuchen und am Rande von APEC-Konferenzen) zu nicht weniger als drei persönlichen Kontakten, die durch zwei Briefwechsel und schließlich auch noch durch die Verein-

barung ergänzt wurden, daß künftig ein heißer Draht zwischen Washington und Beijing eingerichtet werden solle.¹² Auch die Teilnahme der VR China an dem 1994 erstmals abgehaltenen ARF (ASEAN Regional Forum) sowie – seit 1996 – am „China-ASEAN-Dialogtreffen“,¹³ hat das Interesse Beijings an einer intensivierten „Personalisierung“ der Außenpolitik verdeutlicht – gar nicht zu reden von der „Schwerarbeit“, die chinesische Spitzenpolitiker Jahr für Jahr in Form außenpolitischer Visiten erbringen.

⇒ Nicht zuletzt geht es der reformerischen Führung aber auch um möglichst intensive *Wirtschaftsbeziehungen*.

Der Reformkurs wurde im Dezember 1978 bekanntlich unter das Leitmotiv gestellt, daß „Vier Modernisierungen“ an die Stelle des bisherigen „Klassenkampfes“ treten sollten, daß „die Wahrheit in den Tatsachen liegt“ (und sich als solche in Bilanzen, nicht aber im Dogma ausdrückt), daß „Klassenkampf nicht eßbar ist“ und daß die „Farbe einer Katze gleichgültig ist – Hauptsache, sie fängt Mäuse“. Auch der 1989 erstmals geprägte Leitsatz, daß es nur „ein einziges Zentrum“ (*yige zhongxin*) gibt, nämlich die Wirtschaft, sollte in holzschnittartiger Klarheit verdeutlichen, worum es den Reformern in erster Linie ging, nämlich um marktwirtschaftliche Effizienz – und um das wirtschaftliche Gedeihen Chinas.

Bezeichnenderweise wurden die Schleusen der Wirtschaftsgesetzgebung bereits im Juli 1979 mit dem Erlaß des Joint-venture-Gesetzes geöffnet, dem seither zahllose ökonomierelevante Gesetze nachgefolgt sind, sei es nun über Devisenkontrolle (18.12.80), über Warenzeichen (23.8.82) und Patente (12.3.84), über Außenwirtschaftsverträge (vom 21.3.85), über Technologieimporte (18.9.85), über die Ausgewogenheit von Deviseneinnahmen und -ausgaben (15.1.86) oder aber über Wirtschaftssonderzonen, über Immobilien (Immobiliengesetz 5.7.94, Bodenverwaltungsgesetz vom 4.1.91), über Arbitrage (Schiedsgesetz vom 31.8.94) sowie über Steuerfragen.

Mitte der 90er Jahre war Chinas BIP bereits zu beinahe 40% von außenwirtschaftlichen Beiträgen abhängig. 1994 war das Land ferner zum größten Kreditnehmer der Weltbank geworden – mit einem Anteil von immerhin 14,7% des gesamten Kreditvolumens.¹⁴ 1995/96 gelang es der Volksrepublik, die USA als Empfänger ausländischer Investitionen vorübergehend auf den zweiten Platz zu verdrängen; 1997 durchstieß das chinesische Außenhandelsvolumen die 300-Mrd.-US\$-Grenze: Kein Wunder, daß China immer ungeduldiger an die Tür der WTO klopft, die seit 1. Januar 1995 an Stelle der früheren Welthandelsorganisation GATT getreten ist. Die Zulassung ist seit Mitte der 90er Jahre vor allem zwischen der EU und den USA umstritten: Während die EU einen baldmöglichen Beitritt der Volksrepublik befürwortet und an dieses Ereignis lediglich einige zusätzliche Liberalisierungsbedingungen knüpfen möchte, drängen die USA darauf, die Beitrittsbedingungen (vor allem im Hinblick auf die Öffnung des chinesischen Markts, auf Senkung der chinesischen Zölle und auf Schutz des geistigen Eigentums) vertraglich zu fixieren, damit es künftig nicht mehr zur Diskriminierung amerikanischer Firmen, zu weiteren Steigerung der ohnehin schon gewaltigen Handelsüberschüs-

¹²Näheres dazu C.a., 1998/6, Ü 1.

¹³XNA, 24.7.96.

¹⁴In Höhe von 20,8 US\$ in diesem Jahr, XNA, 4. und 23.7.94.

¹⁰Ausführlich dazu oben 1.2.1.1.5, C.a., 1998/5, S.507 f.

¹¹1.3, C.a., 1998/6, S.619 ff.

se Chinas und zu „geistigem Diebstahl“ kommen könne. Außerdem müsse geklärt werden, daß Taiwan durch den Beitritt Chinas nicht „außen vor“ bleibe.

Trotz dieser Zurücksetzung, die in Beijing als Beleidigung empfunden wird, bleibt die Volksrepublik bei ihrer wirtschaftlichen Öffnung und bei ihrem Marktwirtschaftskurs, mit dem sie all jenen „Tigern“ und „Drachen“ auf den Fersen ist, die mit ihrem metakonfuzianischen Modell viele Jahre lang Erfolgsgeschichte geschrieben haben. Deng Xiaoping hat bei seiner Frühjahrsreise im Jahre 1992 denn auch offen eingeräumt, daß die Volksrepublik dem „Modell Singapur folgen“ wolle – gemeint hatte er wahrscheinlich aber das Modell Taiwan.

Anhand der Erfolgsbilanz der „Vier kleinen Drachen“ hat Beijing längst zur Kenntnis nehmen können, daß die Tradition nicht etwa eine Bremse, sondern ganz im Gegenteil ein Antriebsaggregat mit hoher Schubkraft ist und daß die Volksrepublik sich einen Bärendienst geleistet hat, als sie, statt auf diese Traditionselemente zu setzen, Anleihen beim Stalin-Modell aufnahm.

Ganz auf der Linie des 3:3:6-Modells¹⁵ hat sie denn auch längst die „Wirtschaftlichkeit“, den Korporatismus und die Exportorientierung in den Mittelpunkt ihrer Politik – und übrigens auch der Außenpolitik! – gestellt.

Rückblickend (d.h. von der „Asienkrise“ 1997/98 aus betrachtet) läßt sich feststellen, daß die Volksrepublik ihren Vorbildern keineswegs blind, sondern mit wohlkalkuliertem Abstand gefolgt ist. Bezeichnenderweise war die wirtschaftspolitische Führung 1993, also bereits vier Jahre vor Ausbruch der Krise zum ersten Mal auf die Bremse getreten, als das damalige BIP-Wachstum bei 13-14% deutliche Überhitzungserscheinungen zu zeigen begann: So hatte sich beispielsweise eine akute Knappheit bei Rohstoffen und Energie eingestellt, der Transportsektor war deutlich überlastet worden und nicht zuletzt begannen die Finanzen aus dem Ruder zu laufen: U.a. hatten damals zahlreiche Banken immer höhere Kredite an Unternehmen ausgereicht, die kurz vorher von ihnen selbst (!) gegründet worden waren. Darüber hinaus war es zum hektischen und selten ausreichend durchkalkulierten Aufbau von Wirtschaftssonderzonen und zu hastigen Investitionen in den Grundstücks- und Immobiliensektor gekommen: kein Wunder, daß Angebot und Nachfrage immer häufiger aneinander vorbeiliefen und auch außenwirtschaftlich die Verschuldung immer höher anstieg – mit der Folge, daß das Minus bereits 1992 die Summe von 70 Mrd. US\$ erreicht hatte, während die staatlichen Devisenreserven gleichzeitig auf rund 20 Mrd. US\$ zusammengeschrumpft waren. In dieser Situation hatten sich Banken, vor allem aber Betriebe, auf das gefährliche Spiel eingelassen, kurzfristige, d.h. „heiße“ Gelder aus dem Ausland aufzunehmen – und damit einen Weg zu beschreiten, dessen Auswirkungen sich später, bei Ausbruch der Asienkrise i.J. 1997, vor allem im Falle Malaysias, Indonesiens und Thailands als überaus verheerend erweisen sollten.

In dieser prekären Lage schickte die chinesische Führung einen ihrer einflußreichsten Politiker an die Front, nämlich den späteren Ministerpräsidenten Zhu Rongji, der in den Jahren 1993 ff. für eine Disziplinierung der Banken, für eine Zurückgewinnung der Proportionen und – außenwirtschaftlich – dafür sorgen sollte, daß an die

Stelle kurzfristiger Rückzahlungsverpflichtungen erstens wieder mehr lang- und mittelfristige Kredite (mit einem Anteil von bis zu 80% des Gesamtvolumens) aufgenommen, und daß, zweitens, die Devisenreserven aufgestockt würden, die Mitte der 90er Jahre dann in der Tat bereits die 100-Mrd.-US\$-Grenze zu übersteigen begannen.

Aufgrund dieser Maßnahmen – nicht zuletzt aber auch deshalb, weil der RMB-Yuan nicht konvertibel war und damit für die internationale Spekulation außer Reichweite blieb – konnte sich China aus den direkten Folgewirkungen der Asienkrise heraushalten, wenngleich die Pläne hierbei zu der wenig beruhigenden Einsicht kommen mußten, daß der Yuan zwischenzeitlich vermutlich bis zu 30% überbewertet war.

Damit kam nun eine Zwangslogik ins Spiel, die den engen Zusammenhang zwischen Außenwirtschafts- und Außenpolitik aufs konkreteste spürbar werden ließ: Wertete China jetzt nämlich den RMB ab, so würde es damit die von der Asienkrise ohnehin schon schwer getroffenen asiatischen Nachbarn durch verbilligte Exporte und durch Erhöhung seiner eigenen Standortattraktivität noch weiter unter Druck bringen – und damit für zusätzliche Instabilität in Asien sorgen.

Verzichtete es dagegen auf eine Abwertung, so wäre dies zwar ein Opfer für die eigene Wirtschaft, gleichzeitig aber auch ein gar nicht hoch genug einzuschätzender Beitrag für die Restabilisierung Asiens.

In dieser wirtschaftlich schicksalhaften Situation gab Beijing, weit geöffneten Auges, schon Ende 1997 das Versprechen ab, keine Abwertung durchzuführen – und damit einen entscheidenden Ordnungsbeitrag zu leisten. Obwohl Skeptiker nicht aufhörten, Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Zusage anzumelden, stand die VRCh zu ihrem Wort – und lieferte damit einen weiteren Beweis, daß sie fest gewillt war, jene Rolle wieder aufzunehmen, die das Reich der Mitte viele hundert Jahre lang gespielt hatte, nämlich die einer Ordnungsmacht.

3.3.2.3

Die „Verortung“ von Partnerschaftsbeziehungen

Neben den zeitlichen („bis ins 21. Jahrhundert hinein“) und den modalen Aspekten (Personalismus und Wirtschaftsbeziehung als Hauptinhalt) kommen beim *xiezuo* auch noch *lokale* Gesichtspunkte ins Spiel. Um nämlich ausländischen Partnern und Investoren den Mund wässrig zu machen, entschloß sich Beijing zu einer Politik der Standortanreize, die so konsequent ausdifferenziert wurde, daß zu Beginn der 90er Jahre nicht weniger als sechs Kategorien von Sonderstandorten unterschieden werden konnten.

- Da gab es zunächst vier „Wirtschaftssonderzonen“ (*jingji tequ* [17]), die schon gleich nach den Reformbeschlüssen ins Rennen geschickt worden waren, und zwar in den beiden Küstenprovinzen Guangdong (Shenzhen, Zhuhai, Shantou) und Fujian (Xiamen). Nicht zufällig lagen diese WSZen im Einflußbereich von Hongkong und Macao, konnten von dort also Kapital anziehen und übrigens auch deren Infrastruktur z.T. mitbenutzen. Als fünfte WSZ war 1988 die im gleichen Jahr zur Provinz erhobene Insel Hainan hinzugekommen.

¹⁵Dazu Näheres C.a., 1997/6, S.546.

- „Offene Küstenstädte“: In einem zweiten Schritt wurde 1984 14 Hafenstädten an der Ostküste das Recht zugestanden, sogenannte „Wirtschafts- und Technologieentwicklungszonen“ zur Förderung exportorientierter Industriezweige einzurichten.
- Offene Wirtschaftszonen: Schon ein Jahr später, nämlich 1985, ging das ursprünglich nur auf Küstenstädte zugeschnittene Sonderzonenkonzept auf ganze Regionen über, die an Mündungsdeltagebieten lagen, nämlich (1) auf die OWZ Yangzi-Flußdelta, (2) die OWZ Perlfußdelta und (3) auf die OWZ Südliches Fujian-Delta. 1988 kamen hier noch zwei weitere Zonen hinzu, nämlich (4) die OWZ Halbinsel Liaodong (Provinz Liaoning) und (5) die OWZ Halbinsel Shandong.
- 1990 erhielt die „Neue Zone Pudong“ (*Pudong xinqu* [18]) grünes Licht, und zwar mit dem Auftrag, sowohl dem Großraum von Shanghai als auch dem Yangzi-Hinterland als Antriebsmotor zu dienen. Vor allem Bankniederlassungen und Dienstleistungsunternehmen sollten hier aus der Startposition kommen und sich in den Dienst der wiedererwachten Yangzi-Metropole stellen.
- Als nächste Staffel folgten, und zwar seit März 1991, 27 Hightech-Entwicklungszonen, deren Zahl in den nachfolgenden Jahren schrittweise erhöht wurde: 1992 beispielsweise in der innermongolischen Stadt Baotou sowie auf dem Gebiet der durch Mao einst so berühmt gewordenen, dann aber wieder ins Dunkel zurückgetauchten Erdölstadt Daqing.¹⁶
- Zollfreie Handelszonen entstanden ebenfalls seit 1992, und zwar mit dem Ziel, der Exportwirtschaft zu dienen. Sie bildeten sich dementsprechend vor allem in großen Hafenstädten wie Shanghai (Waigaoqiao/Pudong), Tianjin und Shenzhen heraus.¹⁷

Für all diese *tequ* wurden Zoll-, Steuer- und Handelsvergünstigungen festgelegt, die auf ausländische Investoren, vor allem auf Huaren (Überseechinesen) attraktiv wirken sollten. Sogar beim Immobilienrecht ließen sich die Reformer auf kühne Experimente ein. Schon bald kam es nämlich zu Vereinbarungen, durch die ausländischen Interessenten Grundstücke für Zeitspannen von bis zu 50, ja bisweilen sogar von bis zu 70 Jahren überlassen wurden.

Auch in arbeitsrechtlichen Fragen sollte hier, in den *tequ*, mehr Großzügigkeit herrschen als es im „sozialistischen“ China sonst der Fall war. U.a. konnten hier z.B. Arbeiter schneller ausgewechselt oder entlassen werden als außerhalb der Zonen.¹⁸

Auch die „Wirtschafts- und Technologiezonen“-Konzepte blieben keineswegs auf die 14 Küstenstädte beschränkt, sondern wurden Schritt für Schritt auf immer fernere Bereiche transferiert, bis sie schließlich sogar in die vier Sonderwirtschaftsgebiete Tibets Einzug hielt.¹⁹

Sonderstandorte entwickelten sich darüber hinaus für eine Institution, die noch im maoistischen China als ein Werk des Teufels gegolten hätte, die sich in reformerischer Zeit aber schon bald als unentbehrlich erweisen sollte, nämlich für Börsen. Da dieses Instrument bei Teilen der Führung auf spontanes Mißtrauen stieß, wurde es erst

spät (nämlich zu Beginn der 90er Jahre) und (einstweilen) nur in zwei Städten zugelassen, nämlich in der WSZ Shenzhen und am alten Traditionsort Shanghai, der noch in den „wildem 30er Jahren“ zu den international führenden Wertpapierzentren gehört hatte.

Bis zur Gründung der Börse hatte sich das Wertpapiergeschäft bereits schwungvoll angelassen: waren doch zwischen 1984, dem Wiederbeginn der Ausreichung chinesischer Wertpapiere, und 1993 auf ausländischen Kapitalmärkten immerhin bereits 20 Anleihen mit einem Volumen von rund 3 Mrd. US\$ emittiert worden, und zwar zunächst nur von der Bank of China, später auch von sieben weiteren chinesischen Finanzinstitutionen. Darüber hinaus hatten chinesische Unternehmen erstmals auch wieder an ausländischen Aktienbörsen notiert, z.B. in dem damals noch nicht zur Volksrepublik gehörenden Hongkong.²⁰ Nicht zuletzt aber waren seit 1993 an den beiden Wertpapierbörsen von Shenzhen und Shanghai auch sogenannte B-Aktien angeboten worden, also Papiere, die – im Gegensatz zu den A-Aktien – nur von Ausländern erworben werden durften.

Immer stärker geriet China hier also – und zwar auf wirtschaftlichem Weg – in die Strudel des internationalen Geschehens hinein – und wurde dort nach und nach auch eingebunden. Was Interdependenz bedeutet, konnte die Volksrepublik aber nicht nur dem Interesse des Auslands an ihren Wirtschaftssonderzonen und an ihren Börsen entnehmen, sondern zusätzlich noch an einem dritten – ebenfalls ökonomischen – Indikator ablesen, nämlich dem Wert der landeseigenen Währung RMB-Yuan.

In dem bereits erwähnten, wirtschaftlich so ungemein ambivalenten Jahr 1993 war die chinesische Wirtschaft, bei allem „weltrekord“ verdächtigen Wachstum gleich an mehreren Stellen aus dem Gleichgewicht geraten, sei es nun, daß die Wachstumsrate der Industrie dem an Energieangebot davonlief oder sei es, daß die Geldmenge – gemessen an Waren und Dienstleistungen – zu hoch war, so daß sich daraus binnenwirtschaftlich inflationäre Tendenzen entwickelten (11%) und daß der Yuan außenwirtschaftlich – nämlich auf den Devisen-Swap-Märkten – gegenüber dem US-Dollar laufend an Wert verlor. Um hier wieder Gleichgewichte herzustellen, sah sich die Volksrepublik – angeleitet vom durchsetzungsfähigen Zentralbankchef Zhu Rongji – dazu gezwungen, Mitte 1993 US-Dollar zu verkaufen, um auf diese Weise Yuan-Beträge aus dem Markt zu ziehen und den RMB-Kurs zu stützen.²¹

Noch zu Maos Zeiten hätte die Volksrepublik vor solchen Weltmarkt-Zwängen ganz einfach die Augen verschlossen; ganz im Gegensatz dazu hatte sich das reformerische China mit seinem marktwirtschaftlichen Credo schnell auf Interdependenzzwänge eingestellt – und gelernt, sensibel auf Außensignale zu reagieren.

3.4

Historische Wende: Auch bei den Strategien

Verglichen mit dem partnerschaftlichen Instrumentarium der späten 90er Jahre erscheinen die Einkreisungs- und Frontenbildungsstrategien der 50er und 60er Jahre wie von einem anderen Planeten.

Angesichts dieser Metamorphose von wahrhaft historischen Ausmaßen stellen sich zwei Fragen, nämlich erstens,

¹⁶XNA, 29.4.92.

¹⁷Vergl. C.a., 1992/3, S.156.

¹⁸Teilaspekte in C.a., 1992/5, Ü 23.

¹⁹C.a., 1992/5, Ü 17.

²⁰C.a., 1993/9, Ü 26.

²¹C.a., 1993/7, Ü 25.

wieso der Wandel so schnell verlaufen konnte und zweitens, ob die partnerschaftlichen Neuansätze nicht allzu hastig stattgefunden haben und daher auf ungesichertem Boden stehen.

Was zunächst die Geschwindigkeit des Wandels anbelangt, so ist sie vor allem durch zwei Antriebskräfte bestimmt worden, nämlich erstens durch die Kraft der inneren Logik, die vom marktwirtschaftlichen Konzept – hat man es erst einmal akzeptiert – ausgeht und dabei ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten entfaltet, sowie, zweitens, durch den (eher von außen kommenden) Zwang, die Tiananmen-„Zwischenfälle“ von 1989 zu „bewältigen“ und damit zugleich auch das Legitimationsdefizit wieder wettzumachen, das im Gefolge des damaligen Versagens aufgetreten war.

Mit ihrer marktwirtschaftlichen und partnerschaftlichen *Wende* ist es der volksrepublikanischen Führung gelungen, schnell wieder Boden gutzumachen, und zwar sowohl bei der eigenen Bevölkerung, die mit einem veritablen Wachstumswunder beglückt, als auch beim Ausland, das durch eine unerwartet konstruktive Außenpolitik überrascht wurde: Wirtschaftlich konnte die Volksrepublik in der ersten Hälfte der 90er Jahre BIP-Wachstumsraten von bis zu 13% verbuchen und obendrein diesem „wirtschaftlichen“ auch noch ein „außenpolitisches Wunder“ hinzufügen; denn was die Beijinger Führung in nur drei Jahren zwischen 1989 und 1992 an konstruktiven Beiträgen vor allem im asiatischen Umfeld zustande brachte, nahm sich vor dem Hintergrund der bis dahin praktizierten Brandstifterpolitik beinahe unglaublich aus: In dieser Zeit konnte sich die VRCh, wie bereits erwähnt, mit alten Feinden wie Indien, Vietnam und Indonesien aussöhnen, mit Israel diplomatische Beziehungen aufnehmen, bei den Wiedervereinigungsgesprächen in Korea einige Drähte ziehen, den Brandherd Kambodscha mit eingrenzen, den Vertrag über Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen unterzeichnen und sich auch während der Golfkrise geschickt über alle Stolperdrähte hinwegbewegen.

Angesichts dieses Tempos erhebt sich die zweite Frage, ob das neue Verhalten nicht schon bald wieder der Vergangenheit angehören könnte, wäre erst einmal genügend Zeit verflossen, um die „Tiananmen-Ereignisse“ wieder in Vergessenheit geraten zu lassen?

Eine solche Schlussfolgerung scheint nahezuliegen, bedenkt man all jene Hindernisse, die sich der Entwicklung zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ – und damit einem wirklich strategischen Interdependenzdenken – in den Weg stellen:

- So ruft die Führung beispielsweise zu Engagement, Innovation, Spontaneität und kritischem Denken auf, will gleichzeitig aber die Intellektuellen und die „Massen“ vor „geistiger Verschmutzung“ (*jingshen wuran* [19]) bewahren.
- Sie verlangt Aufgeschlossenheit und Lernbereitschaft in technologischen und wissenschaftlichen Fragen, stemmt sich aber gleichzeitig gegen kulturellen Pluralismus.
- Sie empfiehlt, pragmatisch zu sein und die „Wahrheit in den Tatsachen zu suchen“, will gleichzeitig aber das KPCh-Führungsmonopol nicht in Frage stellen lassen.

- Ferner will sie westliche Technologie übernehmen, ohne allerdings eine „Verwestlichung“ zu gestatten.
- Und sie will nicht zuletzt die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen umstülpen, gleichzeitig aber das politische System so weit wie möglich unangetastet lassen.

Zwar ist zu befürchten, daß solche „Inkonsequenzen“ zwischendurch auch immer wieder auf die Außenpolitik zurückschlagen.

Doch sollte man hier auf die chinesische Geschichte und ihren fortdauernden Einfluß vertrauen: Die Sehnsucht nach Stabilität, die ins außenpolitische Repertoire der Reformen zurückgekehrt ist, liegt ja ganz auf der Linie jener altkonfuzianischen Ordnungsversessenheit, die das Reich der Mitte 2.000 Jahre lang zu einem Sicherheitsgaranten in Asien hat werden lassen, und die durch das revolutionäre Zwischenspiel, wie es im Zeitalter des Maoismus stattgefunden hat – und wie es in der Vergangenheit übrigens zum Finale fast jeder großen Dynastie gehörte, keineswegs in Frage gestellt worden ist. Kurzzeitige Erdbeben sind in diesem Zusammenhang der offensichtlich unvermeidbare – weil dialektische – Preis, der für lange Perioden der Ruhe und Ordnung zu entrichten ist.

„Tiananmen“ hat den „historischen Auftrag“ Chinas als Sicherheitspartner demnach schneller zu neuem Leben erwachen lassen, als es ohne dieses rabenschwarze Ereignis hätte geschehen können.²² Seitdem hat es in der chinesischen Außenpolitik einen wahrhaft historischen Wandel gegeben, der sich inhaltlich als Abwendung von den maoistischen Dissoziierungs- und hin zu Assoziierungsstrategien erweist, formell aber als „Renormalisierung“ verstehen läßt, d.h. als Rückkehr zu traditionellen Eigenarten, wie sie im Reich der Mitte jahrhundertlang gepflegt worden sind.

CHINESISCHE ZEICHEN:

- [1] 一个中心
- [2] 稳定
- [3] 中间地带论
- [4] 三世界论
- [5] 对抗性的矛盾
- [6] 协作
- [7] 全面的
- [8] 联合声明
- [9] 战略协作
- [10] 全面协作
- [11] 建立国际新秩序
- [12] 世界多极化
- [13] 冷战思想
- [14] 军事集团思想
- [15] 协作
- [16] 协商
- [17] 经济特区
- [18] 浦东新区

²²Über die neue Mission der Volksrepublik China zur Restabilisierung hat besonders eindrucksvoll Außenminister Qian Qichen gesprochen, als er im März 1992 zum ersten Mal wieder nach Bonn kam und dort vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik ein Grundsatzreferat hielt, ausführlich dazu C.a., 1992/3, Ü 4.